

Die  
Gesellschaft

INTERNATIONALE REVUE FÜR  
SOZIALISMUS UND POLITIK

Herausgegeben von  
Dr. Rudolf Hilferding

ZWEITER BAND

1931



J. H. W. DIETZ NACHF.  
BERLIN

## EINE ZWEITE FASCHISTISCHE WELLE?

Von Georg Decker

Schon die Maiwahlen von 1928 haben gezeigt, daß die bürgerlichen Parteien in einem fortschreitenden Zersetzungsprozeß begriffen sind. Die Untersuchung der Entwicklung ließ eine Sammlung der bürgerlichen Kräfte unter einer ausgesprochen kapitalistisch orientierten Führung oder überhaupt im Rahmen einer der beiden früher maßgebenden politischen Richtungen (Konservatismus und Liberalismus) als unmöglich erscheinen. Die bürgerliche Gesellschaft hatte keine politischen Ideen mehr, die die verschiedenartigen Gruppenbestrebungen zu einem politischen Programm hätten verallgemeinern können. Die sogenannten Mittelschichten, die über keine eigenen Parteibildungen verfügten, sich aber früher der Führung durch die konservativen oder liberalen Parteien einordneten, erwachten zur politischen Aktivität und fühlten sich im überlebten Parteiensystem heimatlos. Als klägliche Surrogate der politischen Parteien entstanden die Organisationen der Interessentenhaufen. Es fand eine „Verwirtschaftlichung“ des politischen Lebens im übelsten Sinne des Wortes statt. Die bürgerlichen Parteien, die ihre parlamentarische Machtstellung erschüttert sahen, sabotierten das Funktionieren der parlamentarischen Demokratie mit dem Vorsatz, die Grundlagen der „Massenherrschaft“ zu beseitigen. Es ist ihnen auch gelungen, den demokratischen Parlamentarismus stark in Mißkredit zu bringen, Da aber sie selbst nicht imstande waren, a u ß e r parlamentarisch die Kräfte in B e w e g u n g e n zu sammeln, so erschütterten sie durch diese Diskreditierung des Parlaments vollkommen ihre eigene Existenzberechtigung.

Die Sammlung kam von einer anderen Seite. Nach dem 14. September gab es für die bürgerlichen Parteien nur eine Chance, ihre Existenz einigermaßen zu behaupten. Auch wenn sie gewillt waren, ein Bündnis mit dem radikalen Faschismus der Nationalsozialisten zu schließen, hätten sie im Interesse der Selbstbehauptung diesem radikalen Faschismus gegenüber eine klare Trennungslinie ziehen, ja zunächst eine scharfe Kampfstellung gegen ihn einnehmen müssen. Die katholischen Parteien, denen gleichfalls der Einbruch der Nationalsozialisten in ihre Reihen drohte, haben das verstanden; sie haben das, was sie vom Nationalsozialismus

trennt, mit aller Schärfe betont und haben sich dadurch behauptet. Die Sozialdemokratie hat es durch ihre absolut eindeutige antifaschistische Haltung und durch die Aktivierung ihrer Organisation im Kampfe gegen den Faschismus erreicht, daß die Hauptmasse der sozialistischen Arbeiterschaft vom Faschismus völlig unberührt bleibt. Die Notwendigkeit, eine für die Massen schwer verständliche und deshalb unpopuläre Politik zu machen, hat zwar innerhalb der Arbeiterschaft die Verschiebung zuungunsten der Sozialdemokratie und zugunsten der Kommunisten gefördert, es bleibt aber das historische Verdienst der Sozialdemokratie allein, daß die sogenannte „marxistische Front“, die leider keine Front ist, für die Nationalsozialisten völlig unzulänglich geblieben ist. Es ist der wahnsinnigen Politik der Kommunisten nicht gelungen, die Trennungslinie gegenüber dem Faschismus zu verschieben und zu verwischen. Die Arbeiterschaft hat den Behauptungen, daß die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften mit zu der faschistischen Front gehören, keinen Glauben geschenkt.

Die bürgerlichen Parteien haben mit wenigen Ausnahmen gleich nach dem 14. September vor den Nationalsozialisten halb kapituliert und haben sich selbst dadurch erledigt. Der gewaltige Wahlerfolg hat schon an sich der nationalsozialistischen Bewegung einen neuen und einen sehr starken Auftrieb gegeben. Indem sich die bürgerlichen Parteien zu Schrittmachern für den Nationalsozialismus machten, haben sie ihrer Gefolgschaft jeden Grund genommen, bei den alten Parteien zu bleiben, statt dem Nationalsozialismus zu folgen. Das Schicksal der alten bürgerlichen Parteien sowie der jüngeren Interessentengruppen wurde schon in den ersten Wochen nach den Septemberwahlen besiegelt. Die nationalsozialistische Bewegung hat seit dem 14. September ihre größten Eroberungen schon in der Zeit unmittelbar nach den Wahlen gemacht.

Seitdem zeigen alle Wahlen (Hamburg, Anhalt, Mecklenburg, Hessen) einen neuen gewaltigen Zuwachs der nationalsozialistischen Stimmen. Der größte Wahlsieg der Nationalsozialisten im Vergleich zu den Reichstagswahlen blieb aber bis zur hessischen Wahl der Erfolg bei den Bremer Bürgerschaftswahlen am 30. November 1930, die schon 11 Wochen nach den Reichstagswahlen stattfanden. Die Stimmenzunahme betrug damals in Bremen 94 Proz., während sie in Hamburg sich am 31. September 1931 „nur“ auf 39 Proz. belief. Das besagt aber durchaus nicht, daß die Hamburger Wahlen ein Abflauen der nationalsozialistischen Welle im Vergleich mit

den Bremer Wahlen offenbaren. Die Nationalsozialisten waren nämlich in Bremen am 14. September relativ viel schwächer als in Hamburg. Sie haben bei den Reichstagswahlen in Hamburg 19 Proz. und in Bremen nur 12 Proz. aller Stimmen erhalten. Die nationalsozialistische Welle kam also nach Bremen sozusagen mit einer Verspätung. Am 30. November haben die Nazis bei den Bürgerschaftswahlen diese Verspätung nachgeholt und schon 25 Proz. aller Stimmen erhalten. In Hamburg erhielten sie 10 Monate später 26 Proz. Die Wahlen in dem zum Bremer Staat gehörenden Bremerhaven (am 8. November) zeigen nur eine geringfügige Zunahme im Vergleich zu den Bürgerschaftswahlen (weniger als 10 Proz.). Man darf also mit großer Wahrscheinlichkeit annehmen, daß die Nationalsozialisten in Gebieten mit einer ähnlichen sozialen Struktur wie sie Hamburg und Bremen haben, verhältnismäßig, also ihrem Anteil an der Bevölkerung nach, ungefähr gleich stark sind (26 bis 27 Proz.).

Alle Wahlen seit dem 14. September 1930 haben völlig eindeutig gezeigt, wo und wie stark die Reserven für das Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung sind, aber auch wo die Grenzen für die nationalsozialistische Expansion liegen. Auf Grund der Wahlergebnisse vom 14. September 1930 und einer Untersuchung der Entwicklungstendenzen einzelner Parteien durfte man folgende Parteiengruppen unterscheiden<sup>1)</sup>: 1. eine sozialistische (SPD. und KPD.), 2. eine auf demokratischem Boden stehende nichtsozialistische Mitte (Zentrum, Bayrische Volkspartei, Staatspartei, Christlich-sozialer Volksdienst), 3. eine gemäßigt faschistische (alles zwischen der zweiten Gruppe und den Deutschnationalen) und 4. eine radikalfaschistische (Deutschnationale und Nationalsozialisten). Die Grenzen zwischen den beiden letzten Gruppen erschienen schon damals äußerst labil, so daß es berechtigt war, alle Parteien in folgendem Schema zusammenzufassen:

Sozialistische Gruppe . . . . .	37,5 Proz. aller Stimmen
Nichtsozialistische demo-	
kratische Gruppe . . . . .	rund 20 Proz. aller Stimmen
Alte Richtungen des Faschismus	rund 38 Proz. aller Stimmen
	<u>insgesamt rund 96 Proz.</u>

„Die übrigen rund 4 Proz. stellen ein Durcheinander dar, das vor allem als eine Reserve für den Faschismus aller Richtungen gelten darf“<sup>2)</sup>. Eine andere Reserve stellte die

<sup>1)</sup> Ausführliche Begründung im „Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie 1930“ im Beitrag über „Die Wahl vom 14. September 1930“.

<sup>2)</sup> A. a. O., S. 399.

eventuelle weitere Aktivierung der Nichtwähler dar. Bis jetzt hat sich die Entwicklung mit erstaunlicher Genauigkeit im Rahmen dieses Schemas vollzogen. Die Grenzen zwischen den drei Gruppen sind fast unberührt geblieben. Innerhalb der sozialistischen Gruppe vollzog sich eine Verschiebung zugunsten der Kommunisten, es fand aber keine nennenswerte Abwanderung der Wähler zu den Nationalsozialisten statt. In der Mitte haben sich die beiden katholischen Parteien behauptet; der Christlichsoziale Volksdienst hat nur geringe Verluste erlitten, während die Entwicklung der Staatspartei weniger eindeutig war: teils wurde diese Partei völlig zerschmettert wie in Hessen, teils hat sie aber sogar einige Anzeichen der Stabilisierung gezeigt. Die stärksten Verschiebungen haben innerhalb der dritten Gruppe stattgefunden: die gemäßigten Parteien wurden von den Nationalsozialisten fast völlig vernichtet. Ebenso haben die Nationalsozialisten die Nichtwähler in noch stärkerem Maße für sich mobil gemacht, wie es die außerordentlich starke Wahlbeteiligung in Hessen zeigt.

Wir vermuten allerdings, daß aus gewissen Schichten unserer Wählerschaft ein Zuzug zu den Nationalsozialisten stattfindet. Dasselbe gilt auch für die KPD. und für alle Parteien der Mitte. Zahlenmäßig bleibt aber dieser Abgang unbeträchtlich. Die faschistische Expansion macht halt vor der sozialistischen Arbeiterschaft und vor dem politischen Katholizismus. Auch der Versuch, ein „evangelisches Zentrum“ zu schaffen (Christlichsozialer Volksdienst) konnte bis jetzt, allerdings in sehr bescheidenen Grenzen, als gelungen gelten. Bei der Staatspartei halten sich in manchen Teilen des Reiches zahlenmäßig kleine Ueberreste des liberalen Bürgertums. Alles, was außerhalb dieser Gruppen steht, stellt einen Raum dar, in dem sich der Nationalsozialismus verbreitet, ohne auf einen wirksamen Widerstand zu stoßen.

Wir sehen also, daß man nur in einem sehr bedingten Sinne von einer zweiten nationalsozialistischen Welle sprechen darf. Zum größeren Teil wurden bei den letzten Kommunal- und Landtagswahlen die Eroberungen realisiert, die von den Nationalsozialisten schon im vorigen Jahre nach den Septemberwahlen und innerhalb des hier beschriebenen Raumes gemacht wurden. Trotzdem läßt sich in letzter Zeit auch eine erneute Aktivierung der nationalsozialistischen Bewegung feststellen, die einer Periode des relativen Stillstandes folgt. Dafür spricht die außerordentlich starke Wahlbeteiligung in manchen Bezirken, also eine weitere Aktivie-

rung der Nichtwähler, sowie die zunehmende Dezimierung der bürgerlichen Parteien. Jeder neue Wahlerfolg gibt den Wählern dieser Parteien wieder einen neuen Anstoß, sich dem siegreichen Aufmarsch der Nationalsozialisten anzuschließen. Es verliert allen Sinn, bei den geschlagenen Parteien zu bleiben, die sich sowieso als unfähig erweisen, eine selbständige Politik zu machen und ein eigenes Gesicht zu bewahren. Schließlich ist es den Nationalsozialisten gelungen, die zeitweise ziemlich gelähmte Aktionsfähigkeit ihrer Sturm-Abteilungen (SA.) wieder herzustellen. Man merkt zwar deutlich die Schwierigkeiten, die für die Parteileitung dadurch entstehen, daß ihre Stoßtrupps durch die Enthüllung der sozialreaktionären Tendenzen der Partei beunruhigt wurden. Auch die Harzburger Tagung ist für die Nationalsozialisten zu einer peinlichen Selbstentlarvung geworden. Um diese zahlenmäßig zwar im Vergleich zu der gesamten Masse der Anhänger ganz geringe, aber als Kampforganisation unentbehrliche Schicht der Parteimitglieder bei der Stange zu halten, muß die Parteileitung ihr Bündnis mit den kapitalistischen Kreisen abschwören. Das ist auch gegenüber denjenigen Anhängern notwendig, die sich in den evangelischen christlichen Gewerkschaften, zum Beispiel im Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband befinden. Um namentlich die SA.-Leute von den peinlichen Auseinandersetzungen über die sozialen Bestrebungen der Bewegung abzulenken, ist man auch gezwungen, die verschwörerische Tätigkeit zu verstärken und die Mannschaften mit den Vorbereitungen zu irgendwelchen Aktionen zu beschäftigen. Man fängt an, „Strafexpeditionen“ nach italienischem Muster (Braunschweig!) zu organisieren, die Zahl der blutigen Zusammenstöße nimmt wiederum rapide zu, und damit verdichtet sich die Atmosphäre des Bürgerkriegs.

Aus dieser Auffassung über die zweite nationalsozialistische Welle ergibt sich die Schlußfolgerung, daß weder die Nationalsozialisten allein noch die Harzburger Front, auch wenn zu ihr die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei hinzugezogen werden, die Mehrheit des Volkes darstellen, sondern bei maximaler Aktivierung der Nichtwähler höchstens 45 Proz., wahrscheinlich aber nicht mehr als 42 bis 43 Proz. ausmachen würden. Es liegt also kein Grund vor anzunehmen, daß durch einen solchen Zusammenschluß auch im Falle neuer Reichstagswahlen eine parlamentarische Mehrheit für die erweiterte faschistische Front zustande kommen kann. Es liegt auch kein Grund dafür vor, die faschistische Machteroberung für ein unabwendbares Schick-

sal zu halten, obwohl man sich keineswegs der Größe der Gefahr verschließen darf. Die Abwehrkräfte sind ebenfalls stark, und in einem offenen Kampf mit nichtparlamentarischen Mitteln ohne Einmischung des staatlichen Machtapparates würde nicht der Faschismus, sondern der Antifaschismus der stärkere sein. In solch offenem Kampf wären die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften imstande, den Faschismus vernichtend zu schlagen, zumal die große Masse der faschistischen Anhänger in den Städten aus dem wildgewordenen und haßerfüllten, aber zugleich feigen Spießertum besteht.

Aber ein solcher außerparlamentarischer Kampf unter Ausschaltung der staatlichen Machtmittel ist eine wirklichkeitsfremde Abstraktion. Die Stellung der staatlichen Organe zum Faschismus gehört und wird zu den ausschlaggebenden Faktoren gehören. Es bleibt deshalb eine der allerwichtigsten Aufgaben im Kampf gegen den Faschismus, die Beeinflussung des staatlichen Machtapparates durch den Faschismus zu verhindern. Ueber die Schwierigkeit dieser Aufgabe sind wir uns völlig klar. Wir müssen wenigstens noch für die nächste Zukunft damit rechnen, daß im Reiche sowie in den meisten Ländern keine positive Mehrheitsbildung mehr möglich sein wird, so daß die Bildung von Minderheitsregierungen schier unvermeidlich sein wird.

Jede solche Minderheitsregierung, die sich auf einen Flügel stützt, muß bei der gegenwärtigen Zuspitzung der politischen Gegensätze eine akute Gefahr des Bürgerkrieges in sich tragen. Solange die Staatsgewalt die Verhinderung und nicht die Entfaltung des Bürgerkrieges als ihre Aufgabe betrachtet, muß sie eine zentrale Stellung einnehmen, und sie hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, mit allen ihren Machtmitteln gegen die Seite vorzugehen, von der die Gefahr des Bürgerkrieges droht. Das normale Funktionieren der Demokratie ist zwar momentan unmöglich geworden, da keine einigermaßen sichere parlamentarische Mehrheit mehr zustande kommt. Es gibt aber trotz aller nationalsozialistischen Erfolge eine sichere Mehrheit im deutschen Volke — nämlich die gegen den Faschismus der sogenannten „nationalen Opposition“. Das hat der preußische Volksentscheid — trotz des Anschlusses der KPD. in diesem Falle an die faschistische Front — und das haben alle Wahlen der letzten Zeit einwandfrei erwiesen. Es ist einfach falsch, wenn sich die „nationale Opposition“ auf die angeblich hinter ihr stehende Mehrheit des Volkes beruft. Wollen sich die  
als Vertretung der Mehrheit des Volkes

präsentieren, so mögen sie erst eine Kampfgemeinschaft mit den Kommunisten auf der Grundlage eines gemeinsamen Programms abschließen.

Es ist gar nicht „demokratisch“, einer Minderheitsgruppe die staatliche Macht auszuliefern oder eine Teilnahme an der staatlichen Macht einzuräumen, weil sie die stärkste der Minderheitsgruppen ist und trotzdem sie die Demokratie beseitigen will. Es besteht gegenwärtig nur eine Möglichkeit einer demokratischen Politik und zugleich der Verhinderung des Bürgerkrieges, dessen Wirkungen von niemand übersehen werden können, und das ist: eine konsequente antifaschistische Politik des Staates.